



Polizeieinsatz in Dortmund

23.8.2022 – Der Hauptausschuss hat sich mit einem Polizeieinsatz in Dortmund befasst, bei dem ein 16-Jähriger erschossen worden war. Aus einer Jugendeinrichtung sei am 8. August ein Notruf bei der Polizei eingegangen, berichtete Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU). Ein Jugendlicher, der dort in psychologischer Behandlung gewesen sei, habe sich im Innenhof der Einrichtung ein 15 bis 20 Zentimeter langes Messer an oder vor den Bauch gehalten – offenbar, um sich das Leben zu nehmen. Die Polizei habe zunächst Reizgas und Elektroschocker, sogenannte Taser, eingesetzt, um den Geflüchteten aus dem Senegal zu stoppen. Diese Maßnahmen zeigten keine Wirkung. Ein Polizist habe dann sechs Schüsse aus einer Maschinenpistole abgefeuert. Nach dem Bericht über die Vorkommnisse stellten die Abgeordneten zahlreiche Fragen – u. a. zur Wirksamkeit von Tasern, zu Bodycams, zur Einsatztaktik und warum kein Spezialeinsatzkommando ausgerückt sei. Was im Detail geschehen sei, sei Gegenstand laufender Ermittlungen, erläuterte Minister Reul. „Dieser Fall wird lückenlos aufgeklärt.“ Dabei gelte: „Gründlichkeit vor Schnelligkeit.“

Untersuchungsausschuss

1.9.2022 – Die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen in der Corona-Pandemie sollte nach dem Willen der AfD-Fraktion Gegenstand eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses werden. In einem entsprechenden Antrag ([18/623](#)) hatte die Fraktion 19 Fragenkomplexe benannt, denen der Ausschuss nachgehen sollte, u. a., welche Erkenntnisse die Landesregierung ab dem 27. Januar 2020 über das Coronavirus gehabt, welche Schlüsse sie gezogen habe oder welche Schlussfolgerungen nötig gewesen wären. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP abgelehnt. Um einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, bedarf es laut Landesverfassung eines Fünftels der Abgeordneten. Das entspricht

in der 18. Wahlperiode 39 Abgeordneten. Der AfD-Fraktion gehören zwölf an.

Pflegeheime

2.9.2022 – Angesichts steigender Energiepreise haben sich die Abgeordneten in einer aktuellen Stunde mit der Situation von Pflegeheimen befasst. Zahlreichen Einrichtungen drohe die Insolvenz, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion ([18/720](#)), der der Debatte zugrunde lag. Durch Preissteigerungen von Strom und Gas hätten Heime mit „mehreren zehntausend Euro monatlich“ zusätzlich zu rechnen. Die Landesregierung müsse den „Bankrott“ von Pflegeheimen verhindern. [Lisa-Kristin Kapteinat](#) (SPD) sprach von Energiekostensteigerungen von bis zu 1.000 Prozent. Statt monatlich 180 Euro seien dann 900 Euro pro Person fällig. Solche Steigerungen ließen sich nicht durch kluges Wirtschaften auffangen: Das Land müsse tätig werden. [Marco Schmitz](#) (CDU) warf seiner Vorrednerin vor, Ängste zu schüren. Er bat darum zu unterscheiden, wo der Bund, wo das Land und wo die Träger verantwortlich seien. Natürlich werde das Land dort Verantwortung übernehmen, wo es zuständig sei, sagte er. [Yvonne Gebauer](#) (FDP) kritisierte, die Landesregierung habe den Sommer verschlafen. „Nichtstun ist sträflich und kommt uns alle teuer zu stehen.“ Hilfen müssten nun zeitnah erfolgen. Das Land könne es sich nicht leisten, auch nur einen Platz in einem Pflegeheim zu verlieren. [Mehrhad Mostofzadeh](#) (Grüne) entgegnete, die Landesregierung kümmere sich und finanziere Entlastungspakete des Bundes mit. In den Haushaltsplanungen des Landes für das Jahr 2023 sowie in Förderprogrammen würden zusätzliche Mittel bereitgestellt. AfD-Fraktionschef [Dr. Martin Vincentz](#) sagte, dass Pflegeheime in dieser Situation dringend entlastet werden müssten. Das Land sei aber „kaum der richtige Ansprechpartner“, zum anderen seien die genannten Ideen „nicht mehr als ein populistisches Feuerwerk“. Gesundheitsminister [Karl-Josef Laumann](#) (CDU) wies darauf hin, dass Menschen, die in Pflege-

heimen leben und Grundsicherung erhalten, „die Kosten über die Grundsicherung finanziert bekommen“. Andere hätten Anspruch auf Wohngeld. Das sei aber offenbar noch nicht bekannt genug.

Ukraine-Partnerschaft

2.9.2022 – Die Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP wollen eine Regionalpartnerschaft von Nordrhein-Westfalen und der Ukraine vorantreiben. In der aktuellen Notsituation brauche das Land nicht nur handfeste Hilfe, sondern eine ermutigende Perspektive, für die es sich weiterzukämpfen lohne, heißt es im gemeinsamen Antrag der Fraktionen ([18/609](#)). Der Weg der Ukraine in die Europäische Union – sollte es grünes Licht für Beitrittsverhandlungen geben – gestalte sich vermutlich lang und anspruchsvoll. Dabei könne die Unterstützung freundschaftlich verbundener Städte und Regionen von großer Bedeutung sein. Die Landesregierung solle prüfen, ob die ukrainische Seite Interesse an einer Regionalpartnerschaft habe und – falls ja –, welche dortige Region dafür in Betracht komme. Der Landtag hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Laufende Gesetzgebung

Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW | [18/570](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 31. August 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [18/63](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Grundsteuergesetz Nordrhein-Westfalen (GrStG NW) | [18/49](#) (Neudruck) | FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung